

**Arbeitsplanung im Bereich EU-Angelegenheiten**  
**auf der Grundlage der Auswertung des Arbeitsprogramms der KOM 2013 durch die Fraktionen**

*(Stand: 21. Februar 2013)*

*\* kennzeichnet Initiativen, zu deren Durchführung im Jahr 2013 sich die Kommission verpflichtet hat*

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
1	Jahreswachstumsbericht*	Nicht- Legislativmaßnahme (4. Quartal 2013)	Neben einem Jahreswachstumsbericht wird die Kommission eine Mitteilung vorlegen, die die Hauptgrundlage für die Gespräche bei der Frühjahrstagung des Europäischen Rates bildet. Der Wachstumsbericht wird einen retrospektiven Teil über die erreichten Fortschritte und einen prospektiven Teil umfassen, in dem horizontale politische Leitlinien für die Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden.	SPD	Finanzen/ Wirtschaft/Arbeit	Letztes Quartal 2013	SF, SWAH, SKJF
4	Revision des Europäischen Systems der Finanzaufsicht	Legislativmaßnahme/ Nicht- Legislativmaßnahme	Die Verordnungen zur Errichtung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht (die drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden und der Europäische Ausschuss für Systemrisiken) sehen vor, dass die Kommission im Jahr 2013 eine umfassende Überprüfung vornimmt, um dann Vorschläge für Änderungen zu unterbreiten.	SPD	Finanzen	Ist von KOM für das 1. Quartal 2013 angekündigt worden	SF
5	Langfristige Finanzierung durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit von Finanzinstituten, -märkten und -instrumenten	Legislativmaßnahme	Im Anschluss an das Ende 2012 von der Kommission anzunehmende Grünbuch und die sich daran anschließende Diskussion wird die Kommission politische Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen für langfristige Finanzierungen in Europa vorschlagen. Einige dieser Maßnahmen werden möglicherweise im Rahmen anderer Vorschläge (wie OGAW VI) angeregt werden.		Finanzen	Offen	SF

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
6	Die Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens und die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU	Nicht- Legislativmaßnahme	In der diesbezüglichen Mitteilung wird analysiert werden, wie die GSR-Fonds zur wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU beitragen können, welche Rolle sie bei der Stärkung des Wachstums spielen können, und wie wichtig ein solider makroökonomischer Rahmen für eine effiziente Verwendung der Fonds ist. Außerdem wird in der Mitteilung aufgezeigt werden, welche Zusammenhänge zwischen den GSR- Fonds und den wirtschaftspolitischen Steuerungsverfahren bestehen und welche makroökonomischen Auflagen es geben wird.	SPD  Bündnis 90/Die Grünen	Kohäsionspolitik/ Wirtschaft/Arbeit und Soziales	Offen	SWAH
7	Länderspezifische Verhandlungsmandate für den Gemeinsamen Strategischen Rahmenfonds für den Zeitraum 2014-2020	Nicht- Legislativmaßnahme	Durch diese Dokumente sollen im Hinblick auf die Annahme der Partnerschaftsabkommen die vorrangigen Ziele der Mitgliedstaaten bei den öffentlichen Investitionen in den nächsten sieben Jahren geformt werden.	Bündnis 90/Die Grünen	Kohäsionspolitik/ Wirtschaft/Arbeit und Soziales	Wahrscheinlich 2. Quartal 2013	SWAH
10	Modernisierung der staatlichen Beihilfen in Schlüssel-sektoren	Nicht- Legislativmaßnahme	Überprüfungen der Vereinbarkeitskriterien aus den Leitlinien für Beihilfen für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Innovation (Risikokapitalbeihilfen, regionale Beihilfen, Umweltbeihilfen, Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen für die Industrie und Beihilfen für Flughäfen und Fluggesellschaften). Dadurch soll die EU-Strategie für mehr Wirtschaftswachstum unterstützt, die Ausrichtung des Legislativrahmens der Kommission verfeinert und die Beschlussfassung in der Kommission beschleunigt werden.	Bündnis 90/Die Grünen	Wirtschaft/ Arbeit/Soziales/ Umwelt	Voraussichtlich Frühsommer 2013	SWAH, SKJF, SUBV
17	Vorschläge für eine verstärkte Förderung von Partnerschaften im Forschungs- und Innovationsbereich im Rahmen des Programms „Horizont 2020“*	Legislativmaßnahme	Koordinierung von Investitionen und Zusammenlegungen in wichtigen Industriebereichen und bei der globalen Entwicklungshilfe durch Schaffung oder Erneuerung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Im Rahmen dieser Partnerschaften sollen umfangreiche privatwirtschaftliche Investitionen in zentralen Industriebereichen (Pharmaindustrie, Energie, Verkehr, Luftfahrt, Elektronik, Flugverkehrsmanagement und Bioprodukte) koordiniert werden. Die Initiative schließt auch Partnerschaften zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor ein, die zur		Forschung/ Technologie	3. Quartal 2013	SBW

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			gemeinsamen Umsetzung nationaler Forschungsprogramme dienen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern sollen, indem im Bereich Forschung und Entwicklung tätige KMU, modernste Metrologie und IKT-basierte Erzeugnisse und Dienstleistungen für Ältere unterstützt werden. Eine weitere Initiative stellt auf die Bekämpfung von armutsbedingten Krankheiten südlich der Sahara ab.				
20	Zugang zu regulierten Berufen	Nicht- Legislativmaßnahme	Bestandsaufnahme der jüngsten Entwicklungen in den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der regulierten Berufe und Ausarbeitung einer Methodik zur Erleichterung der gegenseitigen Begutachtungen, die im Vorschlag zur Modernisierung der Richtlinie über Berufsqualifikationen vorgesehen sind und hauptsächlich auf die Beseitigung von Zugangsbeschränkungen (Qualifikationen und vorbehaltene Tätigkeiten) abstellen.	SPD	Arbeit und Gesundheit	Offen	SWAH, SG
27	Ein „Blauer Gürtel“ für einen einheitlichen Binnenmarkt für den Seeverkehr	Legislativmaßnahme/ Nicht- Legislativmaßnahme	Vermeidung von Mehrfachkontrollen einschließlich mehrfacher Zollkontrollen zwecks Verringerung der Verwaltungslasten beim Seeverkehr in der EU auf ein Niveau, das mit dem anderer Verkehrsträger vergleichbar ist. Dies soll durch moderne IKT-Technologien unterstützt werden, die innerhalb des innergemeinschaftlichen Schiffsverkehrs eine zuverlässige, hinreichende Gewissheit gebende Verfolgung von Schiffen und Frachten ermöglichen.	SPD  Bündnis 90/Die Grünen	Verkehr	Offen, vermutlich erst 2. Halbjahr 2013	SWAH
28	Rahmen für die künftige Hafenpolitik der EU einschließlich Legislativvorschlag	Legislativmaßnahme/ Nicht- Legislativmaßnahme	Steigerung der Effizienz und der allgemeinen Qualität von Hafendiensten, Klärung der den Mitgliedstaaten obliegenden Pflichten in Bezug auf eine solide Planung von Häfen und Hinterlandanbindungen, die Transparenz beim Einsatz öffentlicher Mittel wie auch bei den Hafengebühren, Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung in den Häfen und die Überprüfung der für die Erbringung von Dienstleistungen in Häfen geltenden Beschränkungen.	SPD  Bündnis 90/Die Grünen	Verkehr/Arbeit	Für Juni 2013 angekündigt	SWAH

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
30	Soziale Investitionen für Wachstum und Kohäsion - u. a. durch Umsetzung des ESF 2014-2020	Nicht- Legislativmaßnahme	Vorgabe von Leitlinien für die Verbesserung der Effizienz, Wirksamkeit und Eignung von Sozialschutzsystemen; Verbesserung der Aktivierungs- und Förderpolitik; soziale Inklusion und angemessener Lebensunterhalt. Mit der Mitteilung sollen Beiträge zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ bzw. zum „Europäischen Semester“ und zur Entwicklung sozialer Investitionen in den NRP geleistet und die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, EU-Mittel und insbesondere ESF-Mittel optimal zu verwenden.	Bündnis 90/Die Grünen	Soziales	Wurde am 20. Februar vorgelegt, Beratung im Ausschuss im Frühjahr	SKJF, SWAH
32	Überprüfung der Richtlinie über die Träger betrieblicher Altersversorgungssysteme	Legislativmaßnahme	Eine Überprüfung dieser Richtlinie ist nötig, weil sichergestellt werden muss, dass angemessene Strukturen zur Finanzierung der Altersversorgung vorhanden sind.		Soziales/Arbeit/Wirtschaft	Offen	SG, SWAH, SKJF
33	Internationalisierung der Hochschulbildung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die EU-Bürger müssen auf einen zunehmend globalen, offenen und wettbewerbsorientierten Arbeitsmarkt vorbereitet sein. Die Hochschulen der EU stehen, was die Anziehung von Begabten und den Austausch von Wissen anbelangt, in einem immer stärker werdenden Wettbewerb. In der Mitteilung werden verschiedene politische Strategien und Programme analysiert, durch die die Hochschulen bei der Verstärkung ihrer Internationalisierungsbemühungen unterstützt werden könnten.	SPD	Bildung/Wissenschaft	1. Quartal 2013	SBW
34	Modernisierung der öffentlichen Arbeitsverwaltungen	Legislativmaßnahme	Dieses Maßnahmenpaket deckt sämtliche Aspekte der Reform des EURES-Netzes ab, darunter die Einführung einer europäischen Beschäftigungsgarantie. Es dient zur Einrichtung eines förmlichen europäischen Netzes der Arbeitsverwaltungen und soll zur Entwicklung und Umsetzung eines Aktionsplans der EU für größere Arbeitskräftemobilität in Europa beitragen, durch den die öffentlichen Arbeitsverwaltungen modernisiert und verstärkt werden sollen, damit die Übergänge auf den Arbeitsmärkten erleichtert werden.		Arbeit	Offen	SWAH

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
37	EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel	Legislativmaßnahme/ Nicht- Legislativmaßnahme	Wirksamer Beitrag zu einem klimaresistenteren Europa. Verstärkung der Vorsorgemaßnahmen und der Möglichkeiten zur Bewältigung negativer Auswirkungen des Klimawandels in der EU sowie in ihren Mitgliedstaaten und Regionen.	SPD  Bündnis 90/Die Grünen	Klima/Umwelt	Voraussichtlich 12. März 2013	SUBV
38	Neuer Klima- und Energie-rahmen für den Zeitraum bis 2030	Legislativmaßnahme/ Nicht- Legislativmaßnahme	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 % gegenüber dem Stand von 1990</li> <li>- Förderung einer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit</li> <li>- Schaffung einer Langzeitperspektive für Investitionen bis 2030.</li> </ul>	SPD  Bündnis 90/Die Grünen	Umwelt/Klima/ Energie	3. Quartal 2013	SUBV
39	Überprüfung der thematischen Strategie zur Luftreinhaltung und der einschlägigen Rechtsvorschriften	Legislativmaßnahme	Diese Initiative dient zur Bewertung der Umsetzung und der Ergebnisse der geltenden Politik zum Thema Luftreinhaltung und Luftqualität und wird mehrere Rechtsvorschlüsse zur Änderung der NEC-Richtlinie und gegebenenfalls weiterer Rechtsvorschriften zum Thema Luftqualität einschließen. Ziel ist ein verbesserter Schutz gegen die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt als Beitrag zur Strategie „Europa 2020“.	Bündnis 90/Die Grünen	Umwelt	3. Quartal 2013	SUBV
40	Überprüfung der Abfallpolitik und der Abfallrechtsvorschriften	Legislativmaßnahme	Im Rahmen dieser Initiative sollen Schlüsselziele der Abfallvorschriften der EU (nach Maßgabe der Überprüfungsbestimmungen der Abfallrahmenrichtlinie, der Deponierichtlinie und der Verpackungsrichtlinie) überprüft und eine Ex-post-Evaluierung der Abfallstromrichtlinie durchgeführt werden sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Kohärenz zwischen diesen Richtlinien geprüft werden.	Bündnis 90/Die Grünen	Umwelt	Voraussichtlich erst 2014	SUBV
58	Gesamtkonzept für die Bewältigung von Krisen außerhalb der EU	Nicht-Legislativmaßnahme	Mehr als jeder andere internationale Akteur verfügt die Europäische Union über eine einzigartige Palette von Werkzeugen für die Lösung komplexer externer Krisen. Diese Werkzeuge gilt es auf kohärente Weise und in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten so einzusetzen, dass der gesamte Krisenzyklus (d. h. von der Krisenvorsorge bis hin zur Wiederherstellung) abgedeckt wird.		Humanitäre Hilfe/ Katastrophenschutz	Offen	Keine direkte Ressort-betroffenheit

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
Vorschläge aus Anhang KOM-Programm 2012:							
5	Einbeziehung der Emissionen des Seeverkehrs in die Verpflichtungen der EU zur Senkung der Treibhausgasemissionen	Legislativmaßnahme	Nach den EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Klimaschutz und Energie sind die Emissionen des Seeverkehrs in die Verpflichtungen der EU zur Senkung der Treibhausgasemissionen einzubeziehen, sofern bis Ende 2011 auf internationaler Ebene keine Zielvorgaben für die Emissionsminderung vereinbart werden, die diese Emissionen mit einbeziehen.	SPD  Bündnis 90/ Die Grünen  CDU	Klimapolitik	<b>2. Quartal 2013</b>  <b>Anmerkung:</b> Relevanz für Bremen	SWAH (SUBV)
10	Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen für Breitbandnetze	Nicht-Legislativmaßnahme	Die Überarbeitung der aktuellen Leitlinien muss bis spätestens 30.9.2012 vorliegen.	CDU	Wettbewerb	<b>Liegt seit dem 26. Januar 2013 vor.</b>  <b>Anmerkung:</b> bislang hat das Thema keine sehr hohe Priorität für Bremen gehabt.	SWAH+ SK
15	Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung	Nicht-Legislativmaßnahme	Die aktuellen Leitlinien gelten bis zum 31.12.2013. Überarbeitet werden die Vorschriften über Gebietsabgrenzung, zulässige Beihilfeintensitäten und große Investitionsvorhaben. Dieses Projekt wird mit Vorschlägen für den zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2013, insbesondere mit Vorschlägen für Strukturfonds, koordiniert.	CDU	Wettbewerb	Die Konsultation ist Ende April 2012 abgeschlossen worden, und zwar zu folgendem Paket: 1. Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung 2007-2013 („Regionalbeihilfeleitlinien“) 2. Mitteilung der EU-Kommission betreffend die Kriterien für die eingehende Prüfung staatlicher Beihilfen mit regionaler Zielsetzung zur Förderung großer Investitionsvorhaben 3. Die relevanten Bestimmungen Allgemeine Gruppenfreistellungsver-	SWAH

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
						<p>ordnung - AGVO</p> <p><u>Entwurf</u> zu Regionalbeihilfeleitlinien liegt vor, dazu erneute Konsultation bis Mitte März.</p> <p>Vorschläge sind für Mai 20 13 angekündigt</p> <p><b>Anmerkung:</b> Relevanz für Bremen</p>	
35	Kinderarmut („soft law“)	Legislativmaßnahme	<p>Eine Empfehlung unterstützt die Bemühungen der EU und der Mitgliedstaaten, Kinderarmut zu bekämpfen.</p> <p>Darin werden gemeinsame Grundsätze für ein wirksames politisches Eingreifen in folgenden wichtigen Bereichen festgelegt: Unterstützung für Familien (Zugang zum Arbeitsmarkt für Eltern, Einkommensstützung), Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Unterkunft, soziale Dienste) und Teilhabe an der Gesellschaft.</p>	<p>SPD</p> <p>CDU</p>	Beschäftigung, Soziales und Integration	<p><b>Wurde am 20. Februar im Rahmen des Paketes „Soziale Investitionen für Wachstum und Kohäsion“ veröffentlicht - siehe Ziffer 30 - AP 2013</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Für Bremen aufgrund der im Bundesvergleich hohen Kinderarmut von besonderer Bedeutung . Daher soll es im Ausschuss behandelt werden.</p>	Federführung: SKJF, in Teilen SWAH und SBW
49	Überarbeitung der REACH-Verordnung	Nicht-Legislativmaßnahme	<p>Die Überarbeitung enthält Schlussfolgerungen über a) die Erfahrungen der Mitgliedstaaten, Informationen über die Anwendung der REACH-Verordnung, den Umsetzungsstand und die Verwendung von Prüfverfahren ohne Tierversuche, Prüfstrategien und Finanzierung der Entwicklung und Bewertung alternativer Prüfmethode und b) die gezogenen Lehren mit besonderem Augenmerk auf die Kosten, den Verwaltungsaufwand und andere Auswirkungen auf die Innovation. Sie umfasst zudem eine Überprüfung des Anwendungsbereichs und möglicher Überschneidungen mit anderen EU-Rechtsvorschriften über Chemika-</p>	CDU	Umwelt und Industrie	<p><b>Kommission hat am 5. Februar 2013 Bericht über die ersten fünf Jahre Gültigkeit der EU-Chemikalienrichtlinie REACH vorgelegt.</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Nicht von besonderer Relevanz. Auf eine Ausschusserörterung kann verzichtet werden.</p>	Federführung: SUBV

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			lien sowie eine Überarbeitung der Europäischen Chemikalienagentur.				
57	Die nächste Generation von Grenzkontrollen:						
	(1) Einreise-/Ausreisensystem (EES)	Legislativmaßnahme	Definition des Zwecks, der Funktionen und des Einsatzbereichs des Einreise-/Ausreisensystems und Festlegung der Anforderungen und Verfahren für die Registrierung, Speicherung und Abfrage der Daten über die Einreise und Ausreise von Drittstaatsangehörigen an den EU-Außengrenzen. (2. Quartal 2012)	Bündnis 90/ Die Grünen	Innere Angelegenheiten	Vorschlag für Mitte 2012 angekündigt, wird voraussichtlich am 27. Februar 2013 vorgelegt.  <b>Anmerkung:</b> Thema von mittlerer Relevanz für Bremen	SIS
	(2) Registrierungsprogramm für Reisende* (RTP)	Legislativmaßnahme	Definition des Zwecks, der Funktionen und des Einsatzbereichs des Registrierungsprogramms für Reisende und eines Registrierungssystems für Reisende, Erteilung des Mandats an die Kommission und die Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen, das Registrierungsprogramm und –system für Reisende einzurichten und aufrechtzuerhalten, und Festlegung der Verfahren und Anforderungen für die Prüfung von Anträgen für das Registrierungsprogramm für Reisende und für den Austausch von Daten über registrierte Reisende zwischen Mitgliedstaaten.	Bündnis 90/ Die Grünen	Innere Angelegenheiten	Vorschlag für Mitte 2012 angekündigt, wird voraussichtlich am 27. Februar 2013 vorgelegt.  <b>Anmerkung:</b> Teil des SMART borders Programm (wie EES). Von mittlerer Relevanz für Bremen.	SIS
63	Überarbeitung des EU-Rahmens für Vorratsdatenspeicherung	Legislativmaßnahme	Diese Überarbeitung ist ein Ergebnis der Bewertung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Sie gewährleistet, dass die entsprechenden Behörden rasch Zugang zu den für die Verbrechensbekämpfung unbedingt erforderlichen Telekommunikationsdaten erhalten, legt angemessene Einschränkungen bei der Vorratsdatenspeicherung und Vorkehrungen gegen unnötige Verstöße gegen das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten fest, beseitigt Faktoren, die das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes unnötig behindern und gewährleistet	SPD  Bündnis 90/Die Grünen  CDU	Innere Angelegenheiten	Vorschlag war für März 2012 angekündigt, liegt aber noch nicht vor. <b>Es ist offen, ob die KOM hierzu 2013 einen Vorschlag unterbreiten wird.</b>  <b>Anmerkung:</b> Von hoher politischer Bedeutung für HB (KOA-Vertrag sieht Ablehnung der Vorratsda-	SJV und SIS



Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			der Telekommunikationsindustrie EU-weit eine einheitliche Erstattung der Kosten für die Vorratsdatenspeicherung.			tenspeicherung vor)	
73	Industriepolitik für die Raumfahrtindustrie	Nicht-Legislativmaßnahme	Angesichts der strategischen Bedeutung der Raumfahrtindustrie, ihrer Abhängigkeit von staatlicher Finanzierung (sowohl für FuE als auch für Verkäufe) und des wachsenden weltweiten Wettbewerbs auf dem Handelsmarkt werden in der Mitteilung Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die europäische Raumfahrtindustrie dargelegt. Dies soll die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern und zu einer ausgewogenen Beteiligung der europäischen Kapazitäten beitragen.	SPD  Bündnis 90/ Die Grünen  CDU	Industrie und Unternehmen	War für Mitte des Jahres 2012 angekündigt, liegt bislang noch nicht vor, wahrscheinlich 1. Halbjahr 2013.	SWAH
103	Entschädigung der Opfer von Straftaten	Legislativmaßnahme	Der Vorschlag der Kommission für die Überarbeitung der Richtlinie 2004/80/EG gewährleistet, dass Opfer von Straftaten in allen Mitgliedstaaten gerecht und angemessen entschädigt werden, und trägt somit zum Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten bei.  Der Vorschlag basiert auf einer umfassenden Studie über alle Aspekte von Entschädigungen, damit bestehende Hemmnisse, ihr Ursprung und mögliche Lösungen ermittelt werden können.	CDU	Justiz, Grund- und Bürgerrechte	Vorschlag wurde für Nov 2012 angekündigt. Noch offen	SKJF
111	Festlegung eines Rahmens für maritime Raumplanung	Legislativmaßnahme	Die Maßnahme soll gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten einen stabilen, zuverlässigen und zukunftsorientierten integrierten Planungsrahmen bereitstellen, um die Nutzung des maritimen Raums zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung und der Meeresumwelt zu optimieren, und dass sie dabei ein gemeinsames Konzept anwenden, um die grenzüberschreitende maritime Raumplanung zu erleichtern. Die Art der Maßnahme – möglicherweise eine Richtlinie – wird	SPD  Bündnis 90/ Die Grünen  CDU	Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Ist für den 12. März angekündigt.  <b>Anmerkung:</b> Da es Bezüge zum Schwerpunktthema Nordseekooperation gibt, kann der Bericht im Ausschuss erfolgen.	SUBV/ (SWAH)

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
			noch festgelegt.				
Vorschläge ohne laufende Nummer aus Anhang KOM-Programm 2012:							
	Partnerschaftsverträge mit Mitgliedstaaten	Legislativmaßnahme	In den Partnerschaftsverträgen zwischen der Kommission und den einzelnen Mitgliedstaaten sind die Verpflichtungen der Partner auf nationaler und regionaler Ebene sowie die der Kommission dargelegt. Diese stehen im Zusammenhang mit den Zielen der Strategie Europa 2020 und den einzelstaatlichen Reformprogrammen. Mit den Verträgen wird ein integriertes Konzept für die territoriale Entwicklung festgelegt, das im Rahmen der Kohäsionspolitik, der Entwicklung des ländlichen Raums und der Meeres und Fischereipolitik mit Mitteln gestützt wird, und sie enthalten Ziele, strategische Investitionen und eine Reihe von Konditionalitäten.	Bündnis 90/ Die Grünen	Regionalpolitik; Beschäftigung, Soziales und Integration; Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums; Maritime Angelegenheiten und Fischerei	Vorschlag: laufende schriftl. Berichterstattung bei Meilensteinen. <b>Anmerkung:</b> Muss nicht unbedingt eigene TOP sein. Ggf. erfolgt auch Bericht durch SWAH	SWAH
Vorschläge aus Anhang KOM-Programm 2011:							
19	Überprüfung der Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) (übertragen von 2010)	Legislativmaßnahme	Erreicht werden sollen eine Anpassung der Richtlinie an die neuen infolge der Weiterentwicklung der Arbeitsmuster entstandenen Gegebenheiten sowie eine klarere Gestaltung der Umsetzung der Richtlinie, insbesondere hinsichtlich der Frage des Bereitschaftsdiensts. Der Umfang der Überarbeitung wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Konsultation der Sozialpartner festgelegt.	SPD  Bündnis 90/ Die Grünen	Integratives Wachstum	Z.Zt. Verhandlungen der Sozialpartner auf europäischer Ebene. <b>Die Verhandlungen sind inzwischen gescheitert. Vorschlag KOM frühestens 2. HJ 2013</b>	SWAH, SG
33	Neuer umfassender Rechtsrahmen zum Schutz personenbezogener Daten in der EU (übertragen von 2010)	Legislativmaßnahme	Mit dieser Initiative soll das bestehende System zum Schutz personenbezogener Daten in sämtlichen Tätigkeitsbereichen der EU modernisiert werden, damit die Datenschutzgrundsätze weiterhin wirksam angewandt und die geltenden Datenschutzvorschriften verbessert werden, auch angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und im Hinblick auf neue Technologien und die Anforderungen der Behörden.	SPD  Bündnis 90/ Die Grünen	Fortsetzung der Agenda für Bürgernähe: Freiheit, Sicherheit und Recht	Vorschläge liegen vor. IBE-Ausschuss war bereits befasst. KOM hat am 25.1.2012 das sog. Datenschutz-paket vorgelegt. Hinsichtlich der darin enthaltenen VO und RL soll das Gesetzgebungsverfahren Ende 2013 abgeschlossen sein. <b>Anmerkung:</b> Hohe politische Bedeu-	SF (Datenschutzkommissar), SJV, SIS

Nr.	Bezeichnung der Initiative	Art der Initiative	Gegenstand und Ziele	von folgenden Fraktionen benannt	Politikbereich	Termin/ Zeitpunkt der Beratung	Ressort-betroffenheit
						tung	